



2013 drohen harte Auseinandersetzungen

Kaum ist das Problem der Arbeitszeitverordnung vom Tisch (Seite 5), drohen den Beschäftigten der Polizei bei der Dienstrechtsreform, bei der Verwendung der eingeschränkt dienstfähigen Kolleginnen und Kollegen und bei der künftigen Finanzausstattung der Polizei gravierende Verschlechterungen. Am 31. Januar beginnen zudem die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder. Die GdP geht in diese Auseinandersetzungen mit klaren inhaltlichen Positionen. Und mit dem festen Ziel, nachhaltig für die Interessen der Beschäftigten bei der Polizei zu kämpfen.

Noch ist nicht bekannt, welche Ziele die rot/grüne Landesregierung bei der Dienstrechtsreform im Detail verfolgen wird. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat zwar wiederholt öffentlich erklärt, dass auch sie die Notwendigkeit sieht, den öffentlichen Dienst nicht nur leistungsfähiger, sondern für die Beschäftigten auch attraktiver zu gestalten, aber sie hat zugleich angekündigt, dass die längst überfällige Modernisierung des Dienstrechts unter dem Strich nicht mehr kosten darf, als das alte Dienstrecht. Verbesserungen in einem Bereich müssten durch Einsparungen in einem anderen Bereich kompensiert werden.

Was das im Einzelnen bedeutet, wird sich erst zeigen, wenn der Entwurf der Landesregierung für den zweiten Teil der Dienstrechtsreform auf dem Tisch liegt. Im Sommer 2013 soll der fertige Entwurf vorliegen. Im Vorfeld wird Anfang des Jahres ein Spitzengespräch mit dem Innen- und dem Finanzminister stattfinden. Die Einbringung in den Landtag soll dann Anfang 2014 erfolgen.

Die GdP dringt darauf, dass die Gewerkschaften frühzeitig und ernsthaft beteiligt werden. „Beim Reparaturgesetz hat Rot/Grün die sachliche Kritik der Gewerkschaften am Entwurf bislang vollkommen ignoriert. Das ist inakzeptabel“, warnt der GdP-Vorsitzende Arnold Plickert die Landesregierung vor weiteren Alleingängen.

Bereits im Oktober 2012, unmittelbar nach Veröffentlichung des Gesetzent-

wurfs für das sogenannte Reparaturgesetz, hatte die GdP gefordert, dass das Dienstrecht nicht nur an die veränderte Rechtsprechung angepasst wird, sondern dass es auch neue Gestaltungselemente aufnehmen muss, um den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen. Sonst hat das Land den schärfer werdenden Wettbewerb um die zurückgehende Zahl qualifizierter Schulabgänger schon verloren, bevor es ihn begonnen hat.

In den bereits im Frühjahr 2010 vorgelegten Eckpunkten für ein modernes Dienstrecht fordert die GdP deshalb eine Faktorisierung der Lebensarbeitszeit. Sie würde es Polizeibeamtinnen und -beamten, die über Jahrzehnte im Schichtdienst

eingesetzt waren, ermöglichen, ohne Abzüge vorzeitig in den Ruhestand zu gehen. Zudem tritt die GdP für die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten im öffentlichen Dienst ein, so wie sie schon

lange in vielen anderen Branchen üblich sind, und sie fordert die Schaffung eines Ruhestandskorridors, der eine stärkere Individualisierung des Renteneintrittsalters ermöglichen würde.

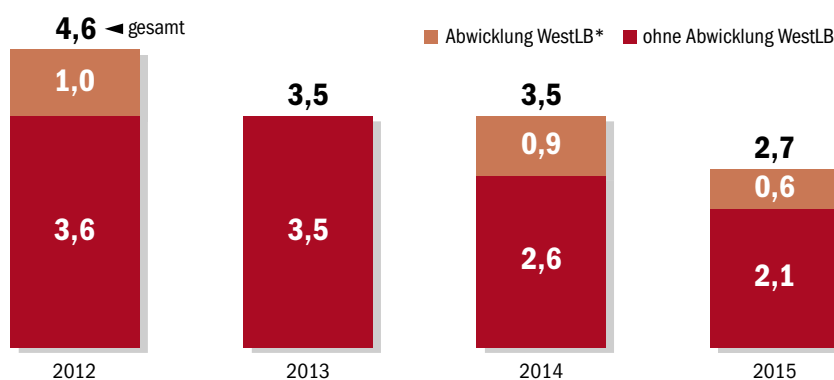
Auch die Wiederherstellung der Ruhegehaltstfähigkeit der Polizei- und Feuerwehrzulage gehört mit zu den Kernforderungen der GdP an ein modernes Dienstrecht. GdP-Landesvorsitzen-

der Plickert sieht hier die Landesregierung in der Pflicht. „Die Polizeizulage wird als Ausgleich für die besonderen Belastungen und Risiken gezahlt, die mit der Ausübung des Polizeiberufs verbunden sind. Deshalb versteht es sich von selbst, dass sie als fester Vergütungsbestandteil der Polizistinnen und Polizisten auch bei der Berechnung des Versorgungsanspruchs im Alter berücksichtigt werden muss“, betont Plickert.

In den vergangenen Wochen hat der GdP-Vorsitzende führende Vertreter der Landesregierung zudem daran erinnert,

Rot/Grün will Sparkurs deutlich verschärfen

Geplante Entwicklung der Neuverschuldung des Landes NRW (in Milliarden Euro)



*Aufstockung des Eigenkapitals der WestLB-Nachfolgerin Portigon bzw. Risikoversorge für Garantiezahlungen WestLB/Phoenix
Quelle: Finanzplanung 2011 bis 2015 des Landes NRW



Fortsetzung von Seite 1

dass SPD und Bündnis 90/Die Grünen schon zu ihrer Zeit als Minderheitsregierung die Wiederherstellung der Ruhegehaltstfähigkeit der Polizei- und Feuerwehrzulage im Koalitionsvertrag versprochen haben. „Es wird Zeit, dass Rot/Grün dieses Versprechen endlich einlöst!“, fordert Plickert.

Auch in die Anfang des Jahres zu erwartenden Auseinandersetzungen um die Verwendung gesundheitlich belasteter Polizeibeamter geht die GdP gut aufgestellt. „Sollte das Innenministerium tatsächlich vorhaben, im Dienst erkrankte Kolleginnen und Kollegen massenhaft aus der Polizei zu drängen, nur um Geld für die Einstellung Jüngerer freizube-

kommen, wäre das ein Skandal. Dafür müsste sich der Innenminister öffentlich rechtfertigen.“ Die GdP drängt darauf, dass das Innenministerium endlich landesweite Standards für die PDU-Verfahren vorlegt (siehe DP 12/2012).

Klarheit fordert die GdP zudem bei der Finanzausstattung der Polizei. Am Rande der Beratungen über den Landeshausalt 2012 hatte die Landesregierung Ende November vergangenen Jahres erklärt, das sie 2013 im Geschäftsbereich des Innenministeriums 31,5 Millionen Euro einsparen will. Wo und wie sie diesen Sparbeitrag erzielen will, hat sie nicht erklärt. Die GdP hatte daraufhin die Landesregierung aufgefordert, umgehend für Klarheit zu sorgen, wo sie Sparmöglichkeiten bei der Polizei sieht. „Wir werden uns nicht jeder Spardiskussion pauschal

verweigern, aber klar ist auch, dass angesichts der rasant gestiegenen Kriminalität und der hohen Zahl der Verkehrstodopfer bei der Polizei nicht viel zu holen ist“, sagte Plickert gegenüber Journalisten.

Hinzu kommt, dass die finanzielle Situation von NRW so schlecht nicht ist, wie die Landesregierung sie gerne darstellt. Nach der mittelfristigen Finanzplanung des Landes steigen die Steuereinnahmen von NRW in den kommenden drei Jahren von 43,1 Milliarden Euro (2012) auf 48,8 Milliarden Euro (2015). Geld für notwendige Investitionen, auch in die Innere Sicherheit, ist also da. Trotz des Milliarden-Desasters der WestLB.

Das gilt auch für die anderen Länder. Bis 2017 wachsen deren Steuereinnahmen von 237 Milliarden Euro (2012) auf dann 278 Milliarden Euro.

Peter Hugo in den Ruhestand verabschiedet



Nicht nur GdP-intern, sondern auch gegenüber der Politik war Peter Hugo (62) viele Jahre eines der prägenden Gesichter des Landesbezirks NRW. Ende Dezember hat er sich nach fast 42 Jahren bei der Polizei, lange Zeit davon als freigestellter Personalrat erst auf örtlicher, später auf Bezirks- und schließlich auf der Landesebene, in den Ruhestand verabschiedet. Dabei wollte Peter Hugo anfangs gar nicht Polizist werden, sondern nach einer Lehre als Speditionskaufmann Betriebswirtschaft studieren.

Eine Einberufung zur Bundeswehr brachte ihn dazu, sich trotzdem bei der Polizei zu bewerben. Eine Entscheidung, die Peter Hugo nie bereut hat, auch wenn er deren Schattenseiten schnell kennenlernen musste: Im Herbst 1977, Peter Hugo absolvierte im Rahmen seiner Ausbildung zum Polizeikommissar gerade ein

einjähriges Praktikum im Polizeipräsidium Köln, saß er im zweiten Streifenwagen, der unmittelbar nach der blutigen Entführung des damaligen Arbeitgeberpräsidenten Hans Martin Schleyer durch die Rote-Armee-Fraktion am Tatort eingetroffen ist. Peter Hugo war damals 26 Jahre alt. Die später entstandenen Filme

über die RAF hat er sich nie angesehen, auch wenn er viele Bücher über deren Geschichte und Ideologie gelesen hat. Auch der zweimalige Waffengebrauch während der frühen Polizisten-Jahre hat Peter Hugo geprägt.

Denn er hat selbst erfahren müssen, wofür sich ein Polizist im Nachhinein alles rechtfertigen muss – auch wenn er sich in einer Gefahrensituation absolut richtig verhalten hat.

Für Peter Hugo war diese Erfahrung mit ein Grund, sich früh in der GdP und im Personalrat zu engagieren. In seiner Heimatbehörde, im Erftkreis, wurde er 1984 erstmals in den Personalrat gewählt. Drei Jahre später bestand der Personalrat nur noch aus GdP-Mitgliedern und das blieb auch bis 1997 so, bis zum Wechsel von Peter Hugo in den damaligen Bezirkspersonalrat in Köln. 1997 übernahm

Peter Hugo auch den GdP-Vorsitz im Bezirk Köln und rückte damit in den Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand auf, dessen erster stellvertretender Vorsitzender er später wurde.

Zu den politischen Kontakten, die Peter Hugo damals in die GdP mitgebracht hat, gehörte auch der zum späteren Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (CDU). Beide kannten sich trotz unterschiedlicher parteipolitischer Orientierung von der politischen Arbeit auf der Kreisebene her. Rüttgers sollte nicht der einzige Spitzenpolitiker bleiben, mit denen Peter Hugo als GdP-Funktionär einen lockeren Gesprächskontakt pflegte, immer in der ihm eigenen, direkten Art.

Wer Peter Hugo fragt, was für ihn von diesen 42 Jahren bei der Polizei bleibt, hört das Wort „Dankbarkeit“. Peter Hugo ist mit einem Realschulabschluss und einer anschließenden Berufsausbildung bei der Polizei eingestiegen und wurde bereits in jungen Jahren bis zur Besoldungsgruppe A 13 befördert. Möglich war dieser Weg nur, weil damals Nachwuchspolizisten durch polizeiinterne Kurse die Fachhochschulreife nachholen und zum Kommissar aufsteigen konnten. „Das war schon ein Highlight, dass ich das machen durfte“, sagt Peter Hugo.

Wer heute in NRW zur Polizei kommt, bringt das Abitur mit und kommt nach einem Bachelor-Studium in den gehobenen Dienst. Ein Ergebnis der zweigeteilten Laufbahn, an deren Einführung Peter Hugo hinter den Kulissen maßgeblich mitgearbeitet hat.



Wir haben es selbst in der Hand

Dass 2013 ein entscheidendes Jahr werden wird, haben alle gewusst. Nicht nur, weil Rot/Grün lange angekündigt hat, dass die Landesregierung in diesem Jahr ernst machen wird mit dem Einstieg ins Sparen. Nicht nur, weil die Vergreisung der Polizei in diesem Jahr erstmals spürbare Folgen zeigen wird – von der Krankenquote bis zu den PDU-Verfahren. Nicht nur, weil sich das Zeitfenster langsam schließt, in dem die Polizei noch genügend Ausbildungskapazitäten hat, um den durch die Pensionierungen rasant wachsenden Personal-mangel zu schließen. Aber wer sagt denn, dass wir diese Schwierigkeiten nicht meistern können?

Einfach können alle. Aber wenn die Situation schwierig wird, brauche ich einen Experten: die GdP.

Anders als andere haben wir in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass wir über Probleme nicht nur reden, sondern dass wir sie anpacken. Das gilt in der Vergangenheit für die Durchsetzung der zweigeteilten Laufbahn ebenso, wie für die Erhöhung der Einstellungszahlen. Erfolge, die uns vorher auch niemand zugetraut hätte. Deshalb gibt es auch keinen Grund, daran zu Zweifeln, dass uns ähnliche Erfolge auch in der Zukunft gelingen werden.

Denn wer sagt denn, dass der drohende Personalabbau bei der Polizei wirklich unvermeidbar ist? Wer sagt denn, dass der Rausschmiss von im Dienst krank gewordenen Kollegin-

nen und Kollegen unvermeidbar ist? Wer sagt denn, dass man bei der Polizei beliebig Geld streichen kann, trotz steigender Kriminalität und hoher Verkehrsofferzahlen?

Nichts ist alternativlos. Auch nicht die geplanten Einschnitte bei der Polizei. Deshalb liegt es an uns, diese Zumutungen zu verhindern. Es liegt an uns, nicht jeden Einschnitt bei der Inneren Sicherheit hinzunehmen.

Die GdP setzt nicht auf Fundamentalopposition, aber wir sind auch kein Spielball der Mächtigen, sondern wir sind ein politischer Machtfaktor. Deshalb wird 2013 ein spannendes Jahr.



Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

PHPR dringt auf Klarheit bei landesweiten Stellenausschreibungen

Stellen der Besoldungsgruppen A 12 und A 13 müssen landesweit ausgeschrieben werden, das hat das Innenministerium bereits Anfang 2010 per Erlass entschieden. Anschließend erfolgt die Personalauswahl nach den Grundsätzen der Bestenauslese im Sinne von Art. 33 Grundgesetz. Trotzdem ist es in der Vergangenheit immer wieder vorgekommen, dass Stellenausschreibungen als sogenannte „konstitutive Merkmale“ (Ausschlusskriterien) Elemente örtlicher Personalentwicklungskonzepte enthalten haben, die es Bewerberinnen und Bewerbern aus anderen Behörden schlichtweg unmöglich gemacht haben, sich erfolgreich auf die ausgeschriebene Stelle zu bewerben.

Diese Praxis steht nicht nur im Widerspruch zum Erlass vom 13. Januar 2010, sondern sie widerspricht auch der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte. Nach Meinung der Gerichte schränken konstitutive Merkmale, die nicht landesweit von allen Bewerberinnen und Be-

werbern erfüllt werden können, das Leistungsprinzip und damit die Bestenauslese in unzulässiger Weise ein. Das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei (LAFP) wurde deshalb durch einen weiteren Erlass vom 7. Dezember vergangenen Jahres vom Innenministerium beauftragt, die Stellenausschreibungen hinsichtlich der Ausschlusskriterien zu überprüfen. Dieses Vorgehen des Ministeriums führt zwar prinzipiell zu einer größeren Chancengleichheit von behördenfremden Bewerbern, hat aber auch zum Teil zu erheblichen Verzögerungen bei den einzelnen Stellenbesetzungsverfahren geführt.

Der Hauptpersonalrat der Polizei (PHPR) hat deshalb den Innenminister aufgefordert, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die landesweit gültige Funktionsprofile für künftige Stellenausschreibungen erarbeiten soll. Die bislang zu beklagenden Zeitverzögerungen bei den Stellenbesetzungsverfahren könnten da-

durch erheblich reduziert werden. Der PHPR hat das Innenministerium zudem darauf hingewiesen, dass die Entscheidung über die Funktionsprofile der Mitbestimmung unterliegt.

Dieses Schreiben ist nicht ohne Wirkung geblieben: Der stellvertretende Leiter der Abteilung 4 im Innenministerium, Leitender Ministerialrat Uwe Reichel-Offermann, hat inzwischen dem PHPR-Vorsitzenden zugesagt, dass der Hauptpersonalrat an der Erarbeitung der Funktionsprofile beteiligt und dass ihm der Erlassentwurf zur Mitbestimmung vorgelegt wird. Damit besteht die berechtigte Hoffnung, dass in naher Zukunft endlich Klarheit bei den landesweiten Stellenausschreibungen geschaffen wird. Bis zum Inkrafttreten des entsprechenden Erlasses sind die Behörden weiterhin aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den örtlichen Personalräten Stellenausschreibungen zu formulieren, die den Anforderungen der Rechtsprechung gerecht werden.



Streichung des Erlassfrei zur Ausnahme machen!



Wer in der Einsatzhundertschaft arbeitet, hat in der Regel am Wochenende Dienst, weil dann die meisten Fußballspiele und Demonstrationen stattfinden. Trotzdem haben auch die Mitglieder der Hundertschaften ein Recht auf 13 arbeitsfreie Wochenenden im Jahr, an denen kein Dienst angeordnet werden darf. Doch das erlassfreie Wochenende droht in NRW immer mehr zur Ausnahme zu werden. Im vergangenen Jahr wurde alleine in den Monaten Januar bis November (die Zahlen für den Monat Dezember lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor) mehr als jedes zweite arbeitsfreie Wochenende gestrichen, und damit noch einmal mehr als im Jahr 2011. In einzelnen Hundertschaften

ten sieht es sogar noch schlimmer aus (siehe Grafik).

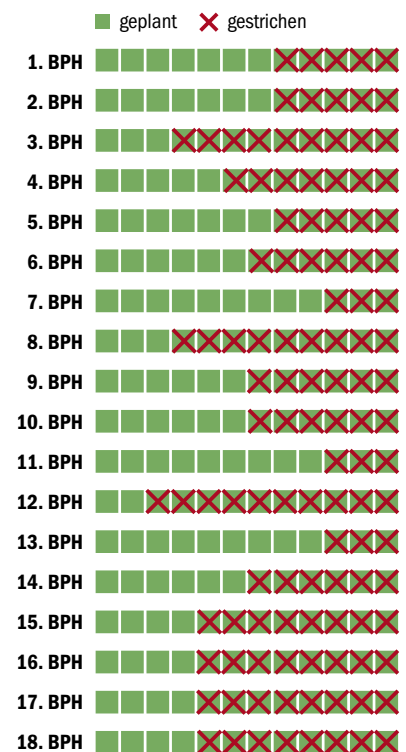
Die GdP fordert deshalb eine Klarstellung von Innenminister Ralf Jäger (SPD), dass das Erlassfrei in Zukunft höchstens an drei Wochenenden pro Jahr gestrichen werden darf. „In den Hundertschaften arbeiten vor allem jüngere Kolleginnen und Kollegen, die ein Recht haben, ihre Familie und ihre Freunde zumindest ab und zu auch an einem Wochenende zu sehen“, begründet Landesvorsitzender Arnold Plickert die Forderung der GdP. „Wenn ihnen selbst die wenigen arbeitsfreien Wochenenden in Serie gestrichen werden, führt das nicht nur zu einer massiven Überlastung der Hundertschaften, sondern auch zu massiven sozialen Problemen bei den betroffenen Kolleginnen und Kollegen, die niemand verantworten kann.“

Die GdP fordert zudem, dass die Einsatzführer der Polizei die Möglichkeit bekommen müssen, bestimmte Einsätze auch mit weniger Kräften zu fahren, ohne

dass anschließend der gesamte Innenausschuss über sie herfällt. „Das wäre ehrlicher, als immer so zu tun, als ob die Polizei über unbegrenzte Einsatzreserven verfügt“, sagte Plickert.

Arbeiten bis zum Umfallen?

Arbeitsfreie Wochenenden bei den Einsatzhundertschaften in NRW (Januar bis November 2012)



Quelle: LZPD



Wegen seiner Wahl zum neuen Landesvorsitzenden der GdP ist Arnold Plickert am 21. November von seiner bisherigen Funktion als Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei (PHPR) zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde auf Vorschlag der GdP der bisherige Geschäftsführer des PHPR, Karl-Heinz Kochs, gewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind die GdP-Mitglieder Jutta Jakobs, Rainer Peltz und Diethelm Salomon.

2012 ist die Arbeitsbelastung der Einsatzhundertschaften in NRW erneut massiv gestiegen: Von den zwölf arbeitsfreien Wochenenden, auf die dort eingesetzten Polizistinnen und Polizisten von Januar bis November einen Anspruch haben, wurde im vergangenen Jahr mehr als die Hälfte gestrichen. In vier Einsatzhundertschaften sind acht der zwölf eigentlich arbeitsfreien Wochenenden entfallen, in zwei Einsatzhundertschaften wurden sogar neun arbeitsfreie Wochenenden gestrichen. Noch schlimmer hat es die Mitglieder der 12. Einsatzhundertschaft in Köln erwischt: Bei ihnen fielen zehn der zwölf arbeitsfreien Wochenenden weg.



AZVO-Pol: GdP verhindert Streichung der zusätzlichen Freischicht

Die neue Arbeitszeitverordnung für die Polizei (AZVO-Pol) steht. Auch wenn das Datum des Inkrafttretens der neuen AZVO-Pol noch nicht endgültig festliegt, hat das Innenministerium entschieden, dass in Zukunft auch bei der Polizei grundsätzlich zwischen zwei Schichten eine Mindestruhezeit von elf Stunden gilt. Auf Druck der GdP sind aber Ausnahmen von dieser Regelung möglich. Auch die zunächst geplante Streichung der zusätzlichen Freischicht für Kolleginnen und Kollegen ab dem 50. Lebensjahr, die im Wach- und Wechseldienst eingesetzt sind, ist vom Tisch.

Die GdP bewertet die neue AZVO-Pol positiv. „Die Einführung der elfstündigen Ruhepause ist aus Gesundheitsgründen ausdrücklich zu begrüßen“, lobt GdP-Vorsitzender Arnold Plickert die Neuregelung. „Trotzdem müssen wir berücksichtigen, dass die Umstellung der

Schichtmodelle die Behörden vor große Herausforderungen stellt.“ Die GdP hatte sich deshalb von Beginn der Diskussion an über die neue Arbeitszeitverordnung dafür eingesetzt, dass es lange Übergangszeiten gibt. Mit Erfolg: Die neue AZVO-Pol eröffnet den Behörden bis 2015 Zeit zur Erprobung neuer Arbeitszeitmodelle. „Grundsätzliche Änderungen an den Rahmenbedingungen für Schichtsysteme kann man nicht Knall auf Fall einführen“, so der GdP-Vorsitzende, „schließlich wirken sich Änderungen hier nicht nur dienstlich aus, sondern haben auch weitreichende Auswirkungen auf das Privatleben der Betroffenen, das gerade im Schichtdienst eng auf den Dienstplan abgestimmt werden muss.“

Die Details der neuen AZVO sollen in einem zusätzlichen Erlass festgelegt werden. Die Deutsche Polizei wird darüber in der kommenden Ausgabe berichten.



Neuer Pistolengolster im Test: In der Vergangenheit gab es immer wieder Klagen über das schlechte Zusammenspiel des bestehenden Holsters mit den Autositzen in den Streifenwagen. Das Innenministerium testet deshalb jetzt in einen auf drei Monate angelegten Trageversuch, ob sich der bei den Kradfahrern bereits erfolgreich erprobte Beinholster auch im Wach- und Wechseldienst einsetzen lässt. Am Trageversuch sind 100 Beamtinnen und Beamte in fünf Polizeibehörden beteiligt.

Gute Gründe, Mitglied in der GdP zu sein

37 000 Mitglieder zählt die GdP alleine in NRW. Von den IT-Spezialisten im LKA bis zu den Mitgliedern der Bereitschaftspolizei, von den Bikern der Verkehrspolizei bis zu den Beamten des Wach- und Wechseldienstes. So unterschiedlich wie die Arbeitsbereiche der Beschäftigten der Polizei sind, so unterschiedlich sind auch ihre Motive für eine Mitgliedschaft in der GdP. Für die einen steht die Unterstützung bei Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz durch die GdP-eigenen Disziplinarverteidiger und den Rechtsschutz im Vordergrund, für andere die Durchsetzung von Tarifierhöhungen. Auch die umfangreichen Versicherungsleistungen der GdP und das breit gefächerte Bildungs- und Freizeitangebot spielen für viele eine wichtige Rolle, um Mitglied in der GdP zu sein.

Für die meisten GdP-Mitglieder sind diese Leistungen längst eine Selbstverständlichkeit. Wenn sie von anderen Kolleginnen und Kollegen gefragt werden, welche Vorteile eine Mitgliedschaft in der GdP im Einzelnen bietet, wie die GdP ihre Arbeit finanziert und was der

Personalrat mit der GdP zu tun hat?, können sie diese Fragen trotzdem nicht immer spontan beantworten. Diese Lücke will die neue Broschüre „Gute Gründe, Mitglied in der GdP zu sein“ schließen.

Auf 32 Seiten bietet die Broschüre umfangreiche Basisinformationen über die wichtigsten politischen Ziele der GdP, über ihre Struktur und ihre Geschichte. Sie stellt im Detail dar, welche Leistungen die GdP ihren Mitgliedern bietet, welche Aufgaben und Funktionen die Vertrauensleute in der GdP haben, und wie die Zusammenarbeit zwischen der GdP und den Personalräten funktioniert.

Die Broschüre „Gute Gründe, Mitglied in der GdP zu sein“ ist als Unterstützung für die Mitglieder der Jungen Gruppe gedacht, die noch nicht so lange bei der GdP sind, als Argumentationshilfe für Kolleginnen und Kollegen, die perspektivisch Spaß an der Personalratsarbeit haben, und als Nachschlagewerk für alle, die nicht nur den Gewerkschaftsbeitrag bezahlen, sondern selbst mitreden und aktiv werden wollen. Die Broschüre gibt es auf der GdP-Homepage zum

Download und ab Mitte Januar in gedruckter Form im Service-Büro der GdP. www.gdp-nrw.de



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 2. 1. Günter Petrausch, Hürth
- 6. 1. Irmgard Makovski, Gelsenkirchen
- 20. 1. Elise Kuhn, Wuppertal
- 22. 1. Margarete Zutz, Köln
- 27. 1. Heinrich Jütte, Lüneburg
Heinrich Kurth, Erfstadt
- 28. 1. Hildegard Schmiegelt, Duisburg
- 30. 1. Hans-Joachim Tetzlaff,
Wuppertal

91. Geburtstag

- 7. 1. Kurt Kaltenbach, Gelsenkirchen
- 11. 1. Margarethe Kedzia, Bottrop
- 12. 1. Martha Siptroth, Iserlohn
- 13. 1. Josef Nowak, Herne
- 17. 1. Doris Kirschhausen, Bonn
- 18. 1. Walter Volkmann, Eiterfeld
- 20. 1. Fritz Wettstein, Düsseldorf
- 24. 1. Leo Kowalski, Dortmund
- 25. 1. Lina Helene Schneider, Remscheid
- 30. 1. Eitel Lindner, Essen
- 31. 1. Josefine Koll, Köln

92. Geburtstag

- 1. 1. Horst Fritz, Viersen
- 10. 1. Erich Tarnow, Köln
Anneliese Wiggers, Wuppertal
- 11. 1. Werner Korf, Münster
- 15. 1. Gertrud Reiners, Neuss
- 16. 1. Johann Rochhold, Selm
- 19. 1. Hildegard Holten, Düsseldorf
- 20. 1. Magdalene Schneider, Engelskirchen
- 22. 1. Marianne Matheus, Hanau
- 24. 1. Johannes Koch, Warburg

93. Geburtstag

- 6. 1. Erika Ohl, Düsseldorf
- 9. 1. Gertrud Voessing, Kall
- 10. 1. Theodor Rodekirchen, Köln
- 13. 1. Paula Fröhlich, Meschede
- 14. 1. Angelika Schnee, Köln
- 15. 1. Erich Loosen, Remagen
- 18. 1. Helene Fritsching, Unna

*Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP
wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.*

- 20. 1. Hans Stein, Mönchengladbach
- 26. 1. Gertrud Wilps, Düsseldorf

94. Geburtstag

- 6. 1. Margarete Kühlkamp,
Recklinghausen
- 20. 1. Käte Kortewille, Mülheim
- 23. 1. Elfriede Sommer, Bergkamen

96. Geburtstag

- 19. 1. Bernd Katthöfer, Essen
- 25. 1. Maria Warmers, Rhede

97. Geburtstag

- 11. 1. Erika Brockmann, Bodnegg
- 15. 1. Kurt Riedel, Haltern

99. Geburtstag

- 5. 1. Edeltraud Gulgowski, Oberhausen

101. Geburtstag

- 20. 1. Herta Bastan, Köln



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (Vi. S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss der Februar-Ausgabe
ist der 7. Januar 2013.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: pinguin@gdp-service-nw.de

Wichtige Weichenstellungen 2013

Wer den Blick auf die Landespolitik lenkt, für den rücken 2013 drei wichtige Themen in den Vordergrund: die Umsetzung der neuen Arbeitszeitverordnung der Polizei (AZVO-Pol), die längst überfällige Verabschiedung der Dienstrechtsreform und eine Regelung für die ungeklärte Situation der verwendungseingeschränkten Kolleginnen und Kollegen. Über 2013 hinaus dürfte zudem der Landshaushalt für das kommende Jahr große Bedeutung haben: Die rot/grüne Landesregierung plant dort erstmals Einschnitte in das bisherige Haushaltsvolumen, auch bei der Polizei. Ende September folgt die Bundestags-

wahl. Auch sie hat Auswirkungen auf NRW.

Aber auch jenseits der großen Politik stehen in diesem Jahr wichtige strategische Weichenstellungen an: Bereits am 17. April soll auf einem außerordentlichen Delegiertentag darüber entschieden werden, wie die Organisationsstrukturen der GdP verschlankt werden können. Und im Herbst folgen die Landeskonferenzen der Jungen Gruppe (Termin steht noch nicht fest), der Frauen- (8. Oktober 2013) und der Seniorengruppe (17. Oktober 2013). Sie bereiten bereits den nächsten Landesdelegiertentag der GdP im April 2014 vor.

GdP aktiv

16. 1., Skat- und Knobelturnier der Kreisgruppe Soest, 18.00 Uhr, Haus „Rasche-Neugebauer“, Wilhelmstr. 1, Bad Sassendorf

22. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Soest, 17.00 Uhr, Restaurant „Ortwein“, Bökenförder Str. 18, Lippstadt

24. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bochum, 14.00 Uhr, Kunst-

museum, Kortumstr. 147, Bochum

29. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr, 15.00 Uhr, Gaststätte „Berghäuser Hof“, Hattinger Str. 121, Schwelm

31. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Heinsberg, 14.30 Uhr, Festhalle, Carl-Diem-Str. 6, Heinsberg-Oberbruch



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**

in Kurzfassung - Januar 2013



Bundesseniorenfahrt 2013 an die Costa de la Luz/Spanien



2 Wochen ab 27.9.2013

- Zug zum Flug
- Flug ab versch. deutschen Flughäfen nach Jerez de la Frontera
- Transfer Flughafen - Hotel und zurück
- 14 Übernachtungen im 4*-Hotel Valentin Sancti Petri
- Alles inklusive (Details entnehmen Sie bitte der Ausschreibung)
- GdP-Abend
- GdP Reisebegleitung

**Reisepreis pro Person
im Doppelzimmer ab € 1.249,-**

**1 Woche Rundreise "Andalusische Impressionen" (HP)
+ 2 Wochen Bundesseniorenfahrt (AI)
20.9. - 11.10.2013**

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer ab € 2.025,-

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Reiseausschreibung an!

GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf

Tel.: 0211/29101-44/45/64/65 • Fax: 0211/29101-15 www.gdp-reiseservice.de • pinguin@gdp-reiseservice.de



Senioren aktuell

Kreisgruppe BT Brühl

Das erste Seniorentreffen findet am Donnerstag, 7. März, statt. Die Örtlichkeit steht noch nicht fest

Kreisgruppe Duisburg

7. Januar, Sprechstunde für Senioren, 10.00 bis 12.00 Uhr, Geschäftsstelle der Kreisgruppe im PP Duisburg

Kreisgruppe Düren

2. Januar, Seniorentreffen, 14.00 Uhr, Restaurant Strepp, Am Stausee, Kreuzau-Obermaubach

Kreisgruppe Kleve

16. Januar, Seniorentreffen, Treff-

punkt: 15.00 Uhr, Hotel Litjes, Pfalzdorfer Straße 2, 47574 Goch

Kreisgruppe Köln

17. Januar, Informationstreffen, Bernhard Heckenkemper zum Thema „Alles über Versorgung, Beihilfe und Pflege“, Partner oder Angehörige sind ebenfalls eingeladen, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln

Kreisgruppe Soest

14. Januar, Seniorenstammtisch, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Stadtparkcafe, Am Stadtpark 1, 59494 Soest

Glücksnummern des Monats

Ausgabe: 1/2013

45 21638

Valerio Todaro, Hagen

45 21674

Mirjam Wolowitz, Hagen

45 22844

Stefan Schmitz, LZPD

45 22654

Klaus Ingenhütt, Heinsberg

Die Gewinner erhalten die Armbanduhr „Prospéro“.

„Das Berufsleben ist zu Ende, das Gewerkschaftsleben aber noch lange nicht“ – unter diesem Motto hat der GdP-Landesbezirk schon zum vierten Mal in Folge die Kontaktadressen aller Seniorengruppen vor Ort und eine Übersicht sämtlicher regelmäßiger Senioren-Termine im neuen Jahr in einem Flyer zusammengestellt, der dieser Ausgabe beiliegt. Wer noch mehr Seniorentermine sucht, findet eine ständig aktualisierte Terminübersicht auf der GdP-Homepage. Einfach dem Pfad: Infothek, Termine, Senioren folgen.



NACHRUF

Gerda Allendorf	9. 1. 1929	Bochum	Manfred Krüger	24. 11. 1928	Köln
Elmar Bette	13. 8. 1924	Märkischer Kreis	Herbert Leder	12. 7. 1913	Coesfeld
Franz Brinkert	30. 1. 1915	Recklinghausen	Erich Masurat	11. 8. 1927	Krefeld
Else Burdeska	24. 3. 1920	Gelsenkirchen	Günter Matten	9. 4. 1945	Oberhausen
Karl Cunardt	10. 5. 1951	Oberhausen	Hans Günter Matthusen	6. 11. 1934	Erfurtkreis
Margarete Fleischmann	14. 1. 1920	Soest	Margarete Meurer	6. 2. 1917	Köln
Gabriele Fröhlich	5. 5. 1953	Dortmund	Charlotte Mialkas	13. 8. 1914	Duisburg
Johannes Gloth	11. 2. 1929	Paderborn	Elke Oepp	9. 8. 1951	Bergisches Land
Josef Goebels	14. 6. 1923	Mettmann	Annemarie Olbricht	27. 8. 1925	Bergisches Land
Horst Grigutsch	3. 7. 1927	Bergisches Land	Gerd Peters	28. 2. 1937	LZPD NRW
Marian Jankowiak	16. 3. 1920	Gelsenkirchen	Herbert Roelen	9. 5. 1922	Düsseldorf
Richard Jansing	30. 3. 1959	Steinfurt	Therese Weber	2. 11. 1923	Düsseldorf
Gisela Kolb	10. 11. 1941	Mettmann	Ulrich Wedemeyer	5. 7. 1937	Oberbergischer Kreis
Gertrud Kratzer	2. 11. 1919	Düren			

